

*Namentliche Abstimmung – Vote par appel nominal*  
(Ref.: 1403)

*Für den Antrag der Mehrheit stimmen:*  
*Votent pour la proposition de la majorité:*

Allenspach, Aregger, Berger, Bezzola, Binder, Bircher Peter, Blocher, Bonny, Borer Roland, Borradori, Bürgi, Cavadini Adriano, Chevallaz, Cincera, Cornaz, Couchepin, Deiss, Dettling, Dreher, Eymann Christoph, Fasel, Fehr, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Frey Walter, Fritschi Oscar, Gadiant, Giger, Gobet, Graber, Gros Jean-Michel, Gysin, Hari, Hess Otto, Hess Peter, Iten Joseph, Jenni Peter, Kern, Kühne, Leu Josef, Loeb François, Mauch Rolf, Miesch, Moser, Mühlemann, Müller, Narbel, Nebiker, Neuenschwander, Oehler, Peirey, Philipona, Pidoux, Pini, Reimann Maximilian, Rutishauser, Sandoz, Savary, Schenk, Scherrer Jürg, Scheurer Rémy, Schmidhalter, Schmied Walter, Schnider, Seiler Hanspeter, Spoerry, Steinegger, Steinemann, Steiner Rudolf, Stucky, Theubet, Vetterli, Wanner, Weyeneth, Wyss William, Zwahlen (76)

*Für den Antrag der Minderheit stimmen:*  
*Votent pour la proposition de la minorité:*

Aguet, Bär, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Baumberger, Bäumlín, Béguelin, Borel François, Brunner Christiane, Bugnon, Bühlmann, Bundi, Camponovo, Carobbio, Comby, de Dardel, David, Diener, Dormann, Dünki, Duvoisin, Eggenberger, Engler, Fankhauser, von Felten, Goll, Gonseth, Grendelmeier, Grossenbacher, Hafner Ursula, Hämmerle, Herzog, Hollenstein, Jaeger, Jöri, Leemann, Leuenberger Ernst, Maeder, Marti Werner, Meier Hans, Meier Samuel, Misteli, Ostermann, Raggenbass, Rechsteiner, Ruffy, Schmid Peter, Segmüller, Seiler Rolf, Singeisen, Spielmann, Strahm Rudolf, Thür, Tschopp, Vollmer, Weder Hansjürg, Wick, Zbinden, Züger, Zwiygart (60)

*Stimmen nicht – Ne votent pas:*

Aubry, Bischof, Blatter, Bodenmann, Bortoluzzi, Brügger Cyrill, Bühler Gerold, Caccia, Caspar-Hutter, Columberg, Danuser, Darbellay, Ducret, Eggly, Epiney, Fischer-Sursee, FridERICI Charles, Früh, Giezendanner, Gross Andreas, Haering Binder, Heberlein, Hegetschweiler, Hildbrand, Hubacher, Jäggi Paul, Jeanprêtre, Keller Anton, Keller Rudolf, Ledergerber, Lepori Bonetti, Leuba, Leuenberger Moritz, Maitre, Mamie, Maspoli, Matthey, Mauch Ursula, Maurer, Meyer Theo, Nabholz, Poncet, Robert, Rohrbasser, Ruckstuhl, Ruf, Rychen, Scherrer Werner, Schmid Samuel, Schweingruber, Sieber, Stalder, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steffen, Steiger Hans, Suter, Tschäppät Alexander, Tschuppert Karl, Wiederkehr, Wittenwiler, Ziegler Jean, Zisyadis (63)

*Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:*  
Frey Claude (1)

*An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

94.013

## Arbeitsgesetz. Änderung Loi sur le travail. Modification

Botschaft und Gesetzentwurf vom 2. Februar 1994 (BBl II 157)  
Message et projet de loi du 2 février 1994 (FF II 157)  
Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

*Antrag der Kommission*  
*Mehrheit*  
Eintreten

*Minderheit I*

(Thür, Bodenmann, Borel François, Brunner Christiane, Hafner Rudolf, Hämmerle, Ledergerber, Strahm Rudolf)  
Die Beratung über die Änderung des Arbeitsgesetzes aussetzen, bis die Vorlage über die Mutterschaftsversicherung dem Parlament zur Behandlung unterbreitet worden ist. Die beiden Vorlagen sind dann zusammen zu behandeln.

*Minderheit II*

(Brunner Christiane, Bodenmann, Borel François, Hafner Rudolf, Hämmerle, Ledergerber, Strahm Rudolf)  
Eintreten und den Gesetzentwurf an den Bundesrat zurückweisen und mit dem Gleichstellungsgesetz sowie mit der Einführung einer obligatorischen Mutterschaftsversicherung im Hinblick auf eine gemeinsame Inkraftsetzung koordinieren.

*Proposition de la commission*  
*Majorité*  
Entrer en matière

*Minorité I*

(Thür, Bodenmann, Borel François, Brunner Christiane, Hafner Rudolf, Hämmerle, Ledergerber, Strahm Rudolf)  
Les délibérations sur le projet de loi sur le travail sont suspendues jusqu'à ce que le projet de loi sur une assurance maternité soit soumis au Parlement. Ces deux projets seront traités ensemble.

*Minorité II*

(Brunner Christiane, Bodenmann, Borel François, Hafner Rudolf, Hämmerle, Ledergerber, Strahm Rudolf)  
Entrer en matière et renvoyer le projet de loi au Conseil fédéral afin qu'il le coordonne avec la loi sur l'égalité et l'introduction d'une assurance maternité obligatoire dès l'entrée en vigueur de ces lois.

**Spoerry Vreni (R, ZH)**, Berichterstatterin: Mit Botschaft vom 2. Februar 1994 hat der Bundesrat dem Parlament den Entwurf zur Änderung des Arbeitsgesetzes zugeleitet. Ihre vorberatende Kommission hat die Vorlage an drei Sitzungstagen behandelt, erstmals am 20. und 21. Juni 1994 und dann, nach einem langen Unterbruch, erneut und abschliessend am 9. Januar 1995.

Ein erster Anlauf zur Überarbeitung des Arbeitsgesetzes scheiterte 1989 bereits im Vernehmlassungsverfahren. Die erforderlichen Voraussetzungen für eine politisch tragfähige Lösung fehlten. Zudem liess damals die internationale Entwicklung im Zusammenhang mit dem Nachtarbeitsverbot ohnehin eine Zurückstellung der Revisionsarbeiten als wünschbar erscheinen. Die Kündigung der Konvention Nr. 89 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) stand zur Diskussion, welche ein striktes Verbot der Nachtarbeit von Frauen in der Industrie festgeschrieben hatte.

Im Februar 1992 hat der Bundesrat das entsprechende Übereinkommen gekündigt. Damit konnten die Revisionsarbeiten unter bereinigten Voraussetzungen erneut in Angriff genommen werden. Die jetzige Vorlage beschränkt sich im wesentli-

chen auf die Gleichstellung der Geschlechter bezüglich Arbeits- und Ruhezeiten, namentlich im Bereich der Nacht- und Sonntagsarbeit. Die geltenden Sonderschutzvorschriften für Frauen, im Sinne eines Nacht- und Sonntagsarbeitsverbotes im industriellen Bereich, sollen aufgehoben werden. Schutzvorschriften für Frauen gelten nur noch, soweit eine unterschiedliche Behandlung der Geschlechter mit einer biologischen Notwendigkeit, vor allem natürlich Mutterschaft, begründet werden kann.

Ein zweiter Kernpunkt der Vorlage besteht in der Flexibilisierung der Arbeitszeiten, die zu einer neuen Abgrenzung zwischen Tages- und Nachtarbeit führt.

Den dritten Schwerpunkt der Teilrevision des Arbeitsgesetzes bilden schliesslich kompensatorische Massnahmen, welche mit einem generell verbesserten Schutz der Arbeitnehmer ein Gegengewicht zur erleichterten Möglichkeit von Nacht- und Sonntagsarbeit schaffen sollen.

Der bundesrätliche Entwurf ist in Ihrer Kommission mit 10 zu 7 Stimmen bei 3 Enthaltungen zuhanden des Plenums verabschiedet worden.

Obwohl es sich bei der jetzt präsentierten Vorlage um eine gegenüber 1989 reduzierte Teilrevision handelt, ist das Projekt nicht unbestritten. Sie finden auf der Fahne nicht weniger als 14 Minderheitsanträge.

Die Kommission wurde sich nicht einig über den angemessenen Ausgleich zwischen den Bestimmungen einerseits, welche neu auch für Frauen im industriellen Bereich Nacht- und Sonntagsarbeit mit Bewilligung zulassen sowie die Arbeitszeiten generell flexibler gestalten und den dafür notwendigen kompensatorischen Massnahmen andererseits. Eine knappe Mehrheit Ihrer Kommission will bei den kompensatorischen Massnahmen nicht so weit gehen, wie das der Bundesrat vorschlägt, welcher in Anlehnung an die Konvention 171 der ILO einen obligatorischen Zeitzuschlag von 10 Prozent vorsieht. Die genannte Konvention schreibt einen solchen Zeitzuschlag allerdings nicht zwingend vor, sondern nennt ihn lediglich als Alternative. Unsere europäischen Konkurrenten haben diese Empfehlung nicht übernommen. Allerdings ist einzuräumen, dass die Dauer der Nachtarbeit in diesen Ländern kürzer bemessen ist als bei uns.

Dennoch ist die knappe Mehrheit Ihrer Kommission der dezidierten Auffassung, dass die Einführung eines zwingenden Zeitzuschlages – bei dauernder und regelmässig wiederkehrender Nacht- und Sonntagsarbeit – im heutigen schwierigen wirtschaftlichen Umfeld zu einer weiteren, unerwünschten Verteuerung der Arbeit führen müsste, was die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der Schweiz nicht begünstigt, und zwar aus folgendem Grund: Das neue Arbeitsgesetz gilt selbstverständlich nicht nur für die Frauen, die neu auch im industriellen Bereich Nacht- und Sonntagsarbeit ausüben können, sondern für alle dem Arbeitsgesetz unterstehenden Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in unserem Land, welche heute schon nachts und am Sonntag arbeiten. Das waren 1991 immerhin 8,1 Prozent der erwerbstätigen Frauen und 7,9 Prozent der erwerbstätigen Männer. Bei der Sonntagsarbeit ist der Anteil der Frauen mit 8 Prozent gegenüber 5,8 Prozent bei den Männern noch höher. Das hängt damit zusammen, dass der Anteil der Nacht- und Sonntagsarbeit im Dienstleistungssektor mit 10,1 Prozent der Erwerbstätigen mehr als doppelt so hoch ist wie in der Industrie, wo nur 5 Prozent der Erwerbstätigen in diesen Zeiten arbeiten.

Bekanntlich sind Frauen im Dienstleistungssektor, vor allem in der Gastronomie und im Gesundheitswesen, als Arbeitnehmerinnen stark vertreten. Eine Minderheit der Kommission will daher die entsprechenden Artikel 17b und 20 ganz streichen. Eine knappe Mehrheit der Kommission schlägt Ihnen die wahlweise Möglichkeit eines 10prozentigen Zeitzuschlages oder eines Lohnzuschlages vor, wie das auch in der Konvention 171 vorgesehen ist. Die anderen vom Bundesrat vorgesehenen Schutzbestimmungen für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die über längere Zeit Nachtarbeit verrichten, sind von Ihrer Kommission alle ausnahmslos gutgeheissen worden, d. h. mit anderen Worten: Auch ohne obligatorischen Zeitzuschlag wird der Schutz der Arbeitnehmer mit dieser Revision verbessert.

1. Es handelt sich um drei neue Bestimmungen, welche in den Artikeln 17c, 17d und 17e aufgeführt werden. Danach haben die betroffenen Arbeitnehmer neu Anspruch auf eine medizinische Untersuchung und Beratung mit Bezug auf allfällig auftretende gesundheitliche Probleme. Des weiteren besteht ein Anspruch für die Arbeitnehmer, die aus gesundheitlichen Gründen für die Nachtarbeit als untauglich erklärt werden müssen, nach Möglichkeit zu einer ähnlichen Tagesarbeit versetzt zu werden. Falls dies nicht möglich ist, bestehen die gleichen Ansprüche wie im Krankheitsfall. Schliesslich kann der Arbeitgeber zu weiteren geeigneten Massnahmen zum Schutze der von Nachtarbeit betroffenen Arbeitnehmer verpflichtet werden, sofern sich dies nach den Umständen als erforderlich erweist.

2. Der Schutz bei Mutterschaft wird verstärkt. Zum ersten können für die schwangeren Frauen und stillenden Mütter beschwerliche oder gefährliche Arbeiten aus gesundheitlichen Gründen untersagt werden. In diesen Fällen haben sie, hier geht die Kommission über den Antrag des Bundesrates hinaus, Anspruch auf 80 Prozent des Lohnes, soweit ihnen der Arbeitgeber keine gleichwertige Ersatzarbeit zuweisen kann. Mit Bezug auf die Nachtarbeit für alle werdenden Mütter ist ein Beschäftigungsverbot in der Zeit von abends 20 Uhr bis morgens 6 Uhr ab der achten Woche vor der Niederkunft vorgesehen. Der Arbeitgeber wird verpflichtet, der Frau in dieser Zeit nach Möglichkeit eine gleichwertige Arbeit zwischen 6 und 20 Uhr anzubieten oder, falls sich dies nicht machen lässt, ebenfalls 80 Prozent des Lohnes auszus zahlen. Diese Verpflichtung gilt auch für die übrige Zeit der Schwangerschaft und bis zur 16. Woche nach der Niederkunft, wenn die Gefährdung der Gesundheit von Mutter oder Kind mit einem ärztlichen Zeugnis bescheinigt wird.

3. Eine weitere Verbesserung besteht darin, dass die Arbeitgeber in Zukunft auf alle Arbeitnehmer mit Familienpflichten Rücksicht nehmen müssen, nicht nur auf die Frauen, wie das bis anhin der Fall war.

4. Es ist festzustellen, dass Artikel 27, der die Grundlage für bestimmte Ausnahmen von den Gesetzesbestimmungen bildet, die auf Verordnungsstufe erlassen werden können, die oben genannten Schutzbestimmungen nicht erfasst. Das heisst, diese können für keine Branche durch Verordnung ausser Kraft gesetzt werden.

Eine Kommissionsminderheit will die Revision des Arbeitsgesetzes mit Bezug auf die Neugestaltung der Nacht- und Sonntagsarbeit zum Anlass nehmen, die in Artikel 9 vorgesehenen wöchentlichen Höchstarbeitszeiten generell um fünf Stunden zu senken. Die Kommissionsmehrheit lehnt diesen Antrag ab. Er sprengt eindeutig den Rahmen dieser Revision und ist auch keiner Vernehmlassung unterbreitet worden.

Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, die mit dieser Revision angestrebt wird, schlägt sich in den folgenden Bestimmungen nieder. Die Tatsache, dass in Zukunft Männer und Frauen bei der Nachtarbeit grundsätzlich in allen Branchen gleich behandelt werden sollen, erleichtert den Unternehmen die Stundenplanfestsetzung, was zu begrüessen ist. Wichtig ist aber vor allem auch die neue Abgrenzung zwischen Tages- und Nachtarbeit.

Neu gilt gemäss Artikel 10 die Zeit zwischen 6 Uhr und 23 Uhr als Tag. Die Beschäftigung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen wird während dieser Zeit somit bewilligungsfrei. Unter dem geltenden Recht endet der Tag arbeitsrechtlich um 20 Uhr, womit die Arbeit zwischen 20 Uhr und 23 Uhr bewilligungspflichtig ist. Durch die neue Regelung wird Tagesarbeit während insgesamt 17 Stunden möglich, was zukünftig den weitverbreiteten Zweischichtenbetrieb ohne Bewilligungspflicht ermöglicht. Eine weitere Flexibilisierung besteht darin, dass gemäss Artikel 12 zwar die Zahl der Überstunden limitiert bleibt, aber innerhalb des vorgesehenen Rahmens bewilligungsfrei wird.

Eine Minderheit erachtet die vorgeschlagene Stundenzahl für die Überzeit als zu hoch. Es ist in diesem Zusammenhang aber anzumerken, dass der bisherige Artikel 14, der die Hilfsarbeit geregelt hat, aufgehoben werden soll und die Hilfsarbeit zukünftig in die Überzeit integriert wird.

Die Kommission hat in Ergänzung des bundesrätlichen Entwurfes mit Artikel 19 Absatz 3bis eine weitere Flexibilisierung vorgenommen. Danach sollen künftig Verkaufsgeschäfte ihre Arbeitnehmer an jährlich höchstens sechs Sonn- oder Feiertagen ohne behördliche Bewilligung beschäftigen können. Diese Möglichkeit besteht aber nur, wenn die entsprechenden kantonalen Vorschriften über den Ladenschluss eine solche Massnahme gestatten. Nach Ansicht der Kommission soll damit ein Hindernis beseitigt werden, das bislang die bestehenden kantonalen Kompetenzen für die Ladenöffnungszeiten unterlaufen hat.

Ihre vorberatende Kommission beantragt Ihnen Eintreten auf die Vorlage und Ablehnung der beiden Minderheitsanträge Thür und Brunner Christiane. Diese wollen die Beratungen zu diesem Gesetz aussetzen, um das Arbeitsgesetz erst zusammen mit der Mutterschaftsversicherung zu behandeln respektive die Vorlage an den Bundesrat zurückweisen, um sie mit der Einführung einer obligatorischen Mutterschaftsversicherung und dem Gleichstellungsgesetz zu koordinieren.

Gemäss Kommissionsmehrheit ist die Vorlage in ihrem Bestreben, im Bereich des Arbeitnehmerschutzes nach flexibleren Lösungen zu suchen und administrativen Aufwand abzubauen, geeignet, den Wirtschaftsstandort Schweiz im heutigen, schwierigen Umfeld international konkurrenzfähiger zu machen. Eine weitere Verzögerung dieser Revision ist daher abzulehnen.

Der Zusammenhang zwischen dem Gleichstellungsgesetz einerseits und der generellen Mutterschaftsversicherung andererseits ist im übrigen nicht so direkt, dass sich eine gemeinsame Beratung aufdrängen würde. Eine allenfalls notwendige Koordination von einzelnen Bestimmungen ist auch bei einer parallelen Behandlung ohne weiteres möglich.

Im Namen der Kommissionsmehrheit beantrage ich Ihnen daher Eintreten auf die Vorlage und Ablehnung der beiden Minderheitsanträge Thür und Brunner Christiane.

**Theubet Gabriel (C, JU), rapporteur:** En 1989, un premier projet de révision partielle de la loi sur le travail n'avait pas dépassé le stade de la consultation. Celui-ci concernait principalement l'assouplissement des prescriptions relatives à la durée du travail: l'adaptation au principe constitutionnel de l'égalité de traitement des sexes, la protection de toutes les personnes occupées de nuit et la protection des travailleurs ayant des obligations familiales. Les conditions nécessaires à une solution politiquement satisfaisante ayant fait défaut, ce projet s'est révélé être un échec, sur les points essentiels du moins.

En outre, la dénonciation de la Convention No 89 de l'OIT, relative à l'interdiction du travail de nuit des femmes dans l'industrie, qui était précisément en suspens à ce moment-là, créait une situation propice à l'ajournement temporaire de cette révision.

C'est en février 1992 que les travaux purent reprendre, le Conseil fédéral ayant dénoncé cette convention de l'OIT. L'accent fut mis alors sur deux points: l'égalité de l'homme et de la femme en ce qui concerne les périodes de travail et de repos, d'une part, et l'amélioration de la protection de toutes les personnes occupées de nuit, d'autre part.

Un peu plus d'une année après fut ouverte une nouvelle consultation. De celle-ci s'est dégagée une majorité favorable en principe au projet. Une bonne partie des réserves exprimées et des modifications proposées ont été discutées en commission. Le projet présenté dans le message s'en tient pour l'essentiel au contenu de l'avant-projet.

Selon le Conseil fédéral, il tient compte, dans une juste mesure, des intérêts de tous les milieux concernés. Des corrections dans un sens ou dans un autre lui enlèveraient à coup sûr son caractère de compromis et le remettraient tout entier en cause. Les controverses qui ont émaillé les discussions de la Commission de l'économie et des redevances ont confirmé la précarité de ce consensus. Souhaitons que le débat qui s'ouvre ne lui porte pas de coup fatal.

La modification de la loi touche principalement les points suivants: il s'agit tout d'abord d'appliquer plus strictement le principe d'égalité entre hommes et femmes. La réglementation concernant le temps consacré au travail et le repos, plus parti-

culièrement le travail de nuit et le travail dominical, est en principe la même pour les deux sexes. Le projet contient aussi des mesures destinées à assouplir les périodes de travail, notamment par la prolongation de la période diurne pendant laquelle les travailleurs peuvent être occupés.

Parallèlement à ces innovations profitables aux entreprises, la loi améliore la protection des personnes occupées la nuit et le dimanche. Ces mesures de protection s'inspirent pour l'essentiel de la nouvelle Convention No 171 de l'OIT concernant le travail de nuit. Elles comprennent notamment les innovations suivantes: compensation du travail de nuit et du travail dominical par des repos supplémentaires, contrôles médicaux, mesures en cas d'inaptitude au travail de nuit, protection spéciale accordée en cas de maternité aux travailleuses occupées de nuit. En outre, il est prévu d'étendre les prescriptions relatives à la protection de la santé aux administrations cantonales et communales, ce qui n'est pas admis par tous.

Signalons que le projet remplit les exigences de la Convention No 171 pour les branches et catégories de travailleurs tombant dans le champ d'application de la loi sur le travail, exception faite de la durée du versement du salaire pendant l'interdiction d'occupation en cas de maternité.

Venons-en aux travaux de la commission. Au cours de sa première séance, tenue à Baden les 20 et 21 juin 1994, la commission a voté l'entrée en matière par 19 voix sans opposition. Elle avait auparavant rejeté, par 12 voix contre 8, une motion d'ordre visant à suspendre les délibérations jusqu'à ce que le projet de loi sur une assurance-maternité soit soumis au Parlement. Elle a également refusé, par 14 voix contre 7, une proposition de renvoi au Conseil fédéral, avec mandat de coordonner la présente révision avec la loi sur l'égalité et l'introduction d'une assurance maternité obligatoire dès l'entrée en vigueur de ces lois. Devenues propositions de minorité, ces propositions seront développées tout à l'heure par M. Thür pour la première et par M<sup>me</sup> Brunner Christiane pour la seconde. Une rectification du dépliant qui ne concerne que le texte français vous a été remise à cet effet.

Lors de la séance déjà mentionnée, et de celle du 9 janvier dernier, 52 propositions de modifications ont été déposées, dont 13 retirées par la suite. Sur les 26 propositions refusées, 12 sont reprises par des minorités, ce qui signifie que certains points sont encore vivement contestés. En dépit d'une dizaine de modifications apportées au projet, on peut dire que la commission a suivi, pour l'essentiel, le Conseil fédéral. Ce sont les articles 17b (nouveau), 20 et 35b (nouveau) qui ont suscité le plus de discussions.

Dans un premier temps, la commission avait décidé, à l'article 17b, de prévoir, pour le travailleur qui effectue du travail de nuit, une majoration de salaire de 25 pour cent au minimum ou, avec l'accord de celui-ci, une compensation par un temps de repos supplémentaire équivalant à 10 pour cent de la durée du travail de nuit fourni. Revenant sur sa décision, la commission a finalement opté, à une très faible majorité, pour une solution offrant le choix entre le repos supplémentaire équivalant à 10 pour cent de la durée du travail fourni ou un supplément de salaire non déterminé, et ce, pour le travail de nuit, régulier ou périodique, alors que pour le travail temporaire, il est prévu que l'employeur accorde une majoration de salaire de 25 pour cent au minimum. Le même dispositif a été adopté à l'article 20 pour le travail effectué le dimanche, mais avec une majoration de salaire de 50 pour cent.

Rappelons que, selon les dispositions transitoires, les articles 17b alinéa 1er et 20 alinéa 1er n'entreront en vigueur que trois ans après les autres dispositions, cinq ans pour les entreprises qui ont la semaine de 40 heures.

Cependant, il faut ajouter que le temps de repos supplémentaire se heurte aussi à des oppositions de principe, étant donné que de telles dispositions n'existent pas à l'étranger, ou très peu. Ainsi, une proposition de minorité I (Allenspach) vise à biffer purement et simplement la disposition en question (art. 17b et 20), partant de l'idée que les mesures de compensation doivent plutôt être décidées entre partenaires sociaux au niveau contractuel.

Nous devons aussi vous informer que la commission a décidé, en acceptant l'article 17d (nouveau), de s'en tenir à la concep-

tion et à l'interprétation du Conseil fédéral, telles qu'elles sont présentées aux pages 28 et 29 du message. Ce faisant, nous admettons que la protection envisagée pour le cas du travailleur, qui, pour des raisons de santé, est inapte au travail de nuit, de manière passagère ou permanente, est déjà entièrement assurée par les articles 324a et 336 c du Code des obligations. Nous renonçons donc à reprendre de telles dispositions dans la loi sur le travail.

A l'article 35b (nouveau), si la commission s'en est tenue à la version du Conseil fédéral pour l'alinéa 1er, elle a en revanche précisé à l'alinéa 2 que les femmes, en cas de maternité, ont droit à 80 pour cent «de leur salaire calculé sans d'éventuelles majorations pour le travail de nuit», lorsqu'aucun travail équivalent ne peut leur être proposé.

Pour assurer la protection spéciale des femmes enceintes travaillant la nuit, protection voulue par la commission, on tient compte à la fois des dispositions de droit public en la matière et des obligations de droit privé de continuer à verser le salaire. Cette juxtaposition n'est toutefois pas des plus satisfaisantes. C'est pourquoi, à la suite de nos hésitations quant aux effets de la suppression de l'alinéa 3 de l'article 35b, l'Ofiamt nous a fait savoir, par lettre du 7 mars 1995, que, juridiquement, une telle suppression n'avait aucune conséquence sur l'obligation pour l'employeur de payer le salaire selon l'article 324a du Code des obligations.

Enfin, l'introduction, par 10 voix contre 5, d'un alinéa 3bis à l'article 19, selon lequel les magasins pourront, sans autorisation officielle, occuper des travailleurs pendant six dimanches et jours fériés par an, a provoqué des réactions assez vives, notamment de la part des organisations du personnel de la vente. Cependant, compte tenu des arguments avancés en faveur de ces nouvelles possibilités d'ouverture, aucune proposition contraire n'a été formulée en commission. Il n'en va pas de même au sein de notre Conseil puisque nous aurons à décider cet après-midi du maintien ou non de cet alinéa.

Au vote sur l'ensemble, la Commission de l'économie et des redevances a accepté le projet par 10 voix contre 7 et avec 3 abstentions.

En conclusion, nous pouvons dire que les idées-force de cette révision contribueront notablement à assouplir les conditions-cadres de l'activité dans notre pays. De ce fait, elles rendront la place économique suisse plus concurrentielle au niveau international. La décision de fixer le même temps de travail et de repos pour les femmes et les hommes fera disparaître la discrimination dont souffre actuellement l'industrie par rapport aux services. Notre pays disposera ainsi de règles conformes tant à sa constitution qu'au droit européen en vigueur.

En conséquence, je vous invite à suivre les propositions de la commission ou de sa majorité, qui vont toutes dans le sens indiqué, et à entrer en matière.

**Thür Hanspeter (G, AG), Sprecher der Minderheit I:** Ich stelle Ihnen den Antrag, die Beratungen über die Änderung des Arbeitsgesetzes auszusetzen, bis dem Parlament die Vorlage über die Mutterschaftsversicherung unterbreitet worden ist, um die beiden Vorlagen dann zusammen zu behandeln.

In der heute traktandierten Vorlage über die Änderung des Arbeitsgesetzes geht es hauptsächlich um die Gleichbehandlung von Frau und Mann bezüglich Nacht- und Sonntagsarbeit. Ursprünglich war vorgesehen, die Lohnfortzahlung bei Schwangerschaft ebenfalls im Rahmen dieser Revision zu regeln. Aus verschiedenen Gründen wurde diese Absicht nicht weiterverfolgt, und die Frauen werden einmal mehr vertröstet. Es wird darauf hingewiesen, dass die Lohnfortzahlung bei Schwangerschaft nur im Rahmen einer generellen Mutterschaftsversicherung sinnvoll gelöst werden könne. Es wird dann darauf hingewiesen, dass der Bundesrat mit der Legislaturplanung 1991–1995 das Problem einer Lösung zuführen wolle. Ich höre diese Schalmeln, bleibe aber angesichts der schier endlosen Geschichte der Mutterschaftsversicherung mehr als skeptisch, ob in absehbarer Zeit eine akzeptable Lösung eine Mehrheit finden wird.

Sie erinnern sich, 1946 wurde dieser Auftrag in die Verfassung aufgenommen, und in einigen Monaten ist auch diese Legisla-

turperiode wieder zu Ende, die Legislatur, für welche der Bundesrat die Lösung dieses Problems versprach. Wir befürchten nun angesichts der herrschenden sozialpolitischen Auseinandersetzung in diesem Lande, dass auch in der nächsten Legislatur kein Durchbruch stattfinden wird. Nun wollen Sie nach der Heraufsetzung des Rentenalters für die Frauen den letzten Trumpf der Frauen beseitigen, bevor längst verbrieft verfassungsmässige Versprechen eingelöst worden sind! Das ist sicher nicht die Art des feinen Mannes.

Für die grüne Fraktion kommt eine weitere Schlechterstellung der Frau überhaupt nicht in Frage, solange jahrzehntealte Verfassungsaufträge nicht erfüllt worden sind.

Es gibt noch einen weiteren Grund für die Sistierung dieses Geschäftes. Ich habe in der Kommission bereits darauf hingewiesen, dass im Zusammenhang mit der Nachtarbeit immer noch wichtige Grundlagen fehlen. Es fand keine grundsätzliche Auseinandersetzung mit den gesundheitlichen Problematiken der Nachtarbeit statt. In der Botschaft selber finden Sie einige Fragmente zu diesem Punkt, Fragmente, die aber aufhorchen lassen: Es geht dabei nicht nur um die mögliche gesundheitsschädigende Auswirkung der Nachtarbeit auf das einzelne Individuum, es geht auch um den brisanten Hinweis in der Botschaft, dass Grossereignisse wie Bhopal, Three Mile Island, Tschernobyl, Exxon Valdez und andere Katastrophen der letzten Jahre alle zur Nachtzeit passierten.

In der Botschaft heisst es zu diesem Punkt lapidar, diese Grossereignisse hätten auf das Problem der nachts möglicherweise herabgesetzten Leistung und Sicherheit aufmerksam gemacht. Wörtlich steht in der Botschaft: «Es konnte z. B. festgestellt werden, dass bei Aufgaben, die hohe Anforderungen an die Wahrnehmung, Aufmerksamkeit und Sensomotorik stellen, nachts mit mehr Fehlleistungen zu rechnen ist.» Das finden Sie auf Seite 8 der Botschaft.

Ich habe auf diesen Punkt hingewiesen und in der Kommission verlangt, dass man sich mit dieser Problematik eingehend auseinandersetzt, dass man Experten hinzuzieht, um die Kausalität dieser Ereignisse zu ergründen und sich allfällige Gegenstrategien zu überlegen. Eine Klärung dieser Fragen hätte gewiss wichtige Anhaltspunkte auch für die Festlegung der sehr umstrittenen Zeitzuschläge gebracht. Aus unserer Sicht muss das Ausmass des Zeitzuschlags davon abhängig gemacht werden, in welchem Grad Gesundheitsschädigung und Leistungsabfall während der Nacht festgestellt werden müssen.

Leider hat die Kommission die Auseinandersetzung mit diesem wichtigen Problem gescheut, hat sich darüber hinweggesetzt und damit in keiner Art und Weise die gesundheitliche Problematik der Nachtarbeit erkannt. Auch deshalb ist aus unserer Sicht eine Verschiebung dieses Geschäftes angezeigt, damit sich die Kommission ausführlicher mit diesem ganzen Problemkomplex auseinandersetzen kann.

Zusammenfassend beantrage ich Ihnen deshalb im Namen der Minderheit I, die Vorlage heute nicht zu beraten und sie zusammen mit der Mutterschaftsversicherung im Parlament zu behandeln und darüber zu entscheiden.

**Brunner Christiane (S, GE), porte-parole de la minorité II:** Le groupe socialiste vous demande de ne pas entrer en matière aujourd'hui sur cette révision partielle de la loi sur le travail, mais de suspendre les délibérations jusqu'au moment où le Parlement sera saisi d'un projet de loi sur une assurance maternité. En ce sens, nous nous rallions à la proposition de la minorité I (Thür) et je retire ma propre proposition de minorité. Je vous rappelle que la nécessité de cette révision est née de la décision du Conseil fédéral de dénoncer en 1993 la Convention No 89 de l'Organisation internationale du travail (OIT) interdisant le travail de nuit des femmes. Le premier motif avancé était la nécessité d'éliminer toute différence de traitement entre hommes et femmes pour satisfaire à l'exigence de la Constitution fédérale en matière d'égalité des sexes. Le deuxième motif a probablement pesé plus lourd dans la balance, à savoir abattre les derniers obstacles qui s'opposent aujourd'hui à l'emploi de femmes pendant la nuit et le dimanche dans les usines.

Les organisations féminines et les syndicats faisaient valoir que l'abolition pure et simple des dispositions concernant la

protection des femmes contenues dans la convention de l'OIT susmentionnée revenait en fait à péjorer encore les conditions de travail et de vie des travailleuses. Sensible à cet argument, le Conseil fédéral nous avait promis une modification de la loi sur le travail garantissant une meilleure protection de la santé de toutes les personnes occupées la nuit et le dimanche, qu'elles soient homme ou femme.

Mais le projet qui nous est soumis aujourd'hui fait la part belle à la flexibilisation et à la dérégulation alors que les contreparties, c'est-à-dire les mesures de protection de la santé et les compensations, ont rétréci comme peau de chagrin. Avec une bonne dose de cynisme on pourrait, à la limite, argumenter que la pratique régulière du travail de nuit et du dimanche est certes dommageable à la santé physique et psychique des gens et qu'elle détériore malheureusement leur vie familiale et sociale, mais que ces effets néfastes ne sont pas spécifiques aux femmes. Le principe de l'égalité entre hommes et femmes ne serait donc plus violé dès lors que l'interdiction du travail de nuit et du dimanche serait entièrement levée pour les deux sexes.

Cette argumentation est fautive. Il est prouvé qu'en réalité, les femmes travaillant la nuit souffrent davantage de troubles de santé que les hommes occupés la nuit. L'explication en est simple: une grande partie des travailleuses de nuit ont choisi cette solution pour pouvoir concilier vie professionnelle et vie familiale. Elles travaillent en moyenne 19 heures sur 24, la nuit à leur place de travail, le jour au foyer. Si tout va bien, elles disposent donc de 5 heures de sommeil en tout et pour tout. Rien d'étonnant dès lors que les femmes travaillant en équipes de nuit souffrent bien davantage de troubles de santé que les hommes dans les mêmes circonstances de travail.

La levée de l'interdiction du travail de nuit des femmes ne conduit donc pas à l'égalité entre hommes et femmes si les autres conditions restent inchangées: si les mauvais salaires féminins les obligent à travailler aux heures où les autres se reposent afin de bénéficier des augmentations de salaire pour le travail de nuit et du dimanche; si l'impossibilité de payer des tiers pour la prise en charge de leurs enfants pendant qu'elles sont au travail les oblige à exécuter ce travail pendant que les enfants dorment et que le mari peut assumer leur surveillance; si à cause de l'absence d'une réglementation globale concernant le congé maternité beaucoup d'entre elles ne peuvent même pas compter sur 16 semaines de congé maternité payé lorsqu'elles ont eu un enfant.

Vous n'êtes pas sans savoir que la Suisse est encore et toujours le seul pays dans toute l'Europe à ne pas connaître d'assurance maternité et à ne pas garantir aux travailleuses au minimum un congé maternité payé. Cela est d'autant plus choquant que la loi interdit aux employeurs d'occuper une femme pendant les 8 semaines qui suivent l'accouchement sans pour autant garantir le salaire de la femme ainsi mise en congé. Cet état de fait constitue une non-reconnaissance de la maternité, à laquelle nous pourrions facilement mettre un terme, en adoptant enfin une assurance maternité garantissant notamment la couverture de la perte de gain pendant le congé maternité pour toutes les travailleuses.

Adopter aujourd'hui cette modification de la loi sur le travail équivaut à instaurer une égalité purement formelle entre travailleurs et travailleuses, en enlevant le peu de protection dont ces dernières jouissent. Mais on approfondirait en réalité l'inégalité de fait qui existe entre les hommes et les femmes dans le monde du travail et dans la vie quotidienne. Prétexter la nécessité économique équivaudrait à avouer qu'une partie de la prospérité de ce pays se fait alors sur le dos des femmes.

Le groupe socialiste vous invite donc à le suivre en votant la proposition de la minorité I (Thür) de suspendre ces travaux jusqu'au jour où nous pourrions débattre, en même temps, de la loi sur l'assurance maternité, qui garantira une protection minimale de la mère et de l'enfant. Entre temps, la loi fédérale sur l'égalité entre femmes et hommes aura été mise en vigueur, fournissant ainsi aux femmes les moyens de faire valoir leur droit à un salaire égal pour un travail égal. Ce n'est qu'à ce moment-là que nous pourrions légitimement parler d'égalité entre hommes et femmes dans les faits, et l'instaurer ainsi totalement dans le monde du travail.

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen  
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 12.35 Uhr  
La séance est levée à 12 h 35*

## **Arbeitsgesetz. Änderung**

### **Loi sur le travail. Modification**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1995
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	13
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	94.013
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	22.03.1995 - 08:35
Date	
Data	
Seite	823-827
Page	
Pagina	
Ref. No	20 025 464

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.  
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.  
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.